

JUGEND IN VERANTWORTUNG

„Gewerkschaften im Staat“ — so lautete das Thema des diesjährigen Europäischen Gesprächs in Recklinghausen. Die Gesprächspartner waren sich nicht immer ganz einig. Das liegt im Wesen einer echten und ehrlichen Aussprache begründet. Man hat versucht, eine Abgrenzung des Aufgabengebietes der Organisationen zu finden, die eine gewisse Ordnung in die nun einmal bestehende Massengesellschaft hineinbringen sollen. Die Bemühungen waren nicht immer von einem vollen Erfolg begleitet. Allseitig wurde aber bejaht, daß echte Gewerkschaften in Freiheit und Unabhängigkeit nur in einer gut funktionierenden Demokratie eine Existenzmöglichkeit haben.

Nun ist die Demokratie an sich eine unbequeme Staatsform. Immer wieder wird an die Wähler appelliert. Immer wieder stehen die Wähler vor der Frage, welchen Kandidaten sie ihre Stimmen geben sollen. Das ist in unserer deutschen Demokratie nicht anders. Wahrscheinlich werden die Bundestagswahlen noch bis Mitte nächsten Jahres auf sich warten lassen. Trotzdem aber rühren sich die Bewerber um die Abgeordnetensessel schon sehr stark. Genau so sind auch die Bemühungen der Frauen und Männer erkennbar, die in die Ratsversammlungen der Kommunen und Kommunalverbände einzuziehen beabsichtigen. Diese Wahlen sind in einigen Ländern für den 9. November dieses Jahres festgelegt. Auch wichtige Gewerkschaftswahlen stehen vor der Tür.

Es fehlt nicht an Bewerbern um die vielen Kandidaturen. Im Sinne der menschlichen Natur liegt es, daß die Bemühungen der Mandatsaspiranten nicht immer nur von reinem Idealismus getragen sind. Darüber stand etwas in dem Tätigkeitsbericht der Industriegewerkschaft Bergbau für das Jahr 1947. Dort hieß es, daß die Idealisten ausgestorben seien. Nun, es werden noch einige Idealisten zu den überlebenden der hinter uns liegenden wirren Zeit gehören. — Viele sind es aber bestimmt nicht. Als politisch interessierte Menschen und als Gewerkschafter müssen wir mit diesen Dingen rechnen.

Der Kampf um die Mandate in der Politik, in der Gewerkschaft und in der Wirtschaft wird von manchen Unsachlichkeiten begleitet sein. Alle haben wir das Recht und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß sich die Rivalität in der Mandats-hascherei nicht schädlich auf unser Zusammenstehen in der Einheitsgewerkschaft auswirkt.

Seit 1945 ist viel gesagt und geschrieben worden über die Gründe, die zum Zusammenbruch des Weimarer Staates geführt haben. Ich neige zu der Auffassung, daß einer dieser Gründe bisher viel zuwenig herausgestellt worden ist. Ich meine dabei die Tatsache, daß auf einzelne Menschen in der ersten deutschen Republik zuviel Mandate gehäuft worden sind. Dazu gehörten damals auch Gewerkschafter, die des Glaubens waren, ohne sie ginge es nicht — weder im Verband noch in der Gemeinde oder im Kreise oder im Lande, weder im Reichstag noch in den wirtschaftlichen Körperschaften. Sie verzettelten sich auf diese Art, konnten den übernommenen Aufgaben in genügendem Umfange nicht gerecht werden und halfen so den Zustand herbeiführen, *daß sie Verantwortung für vieles zu tragen hatten, daß aber die Geheimräte — mit und ohne Bart — die konkreten Anordnungen herausbrachten.*

Diese Gefahr besteht auch heute wieder — und zwar in einem erweiterten Umfang. *Die gewerkschaftlichen Mitarbeiter — und vor allem die Verbandssekretäre — haben über Arbeitsmangel nicht zu klagen, wenn sie ihren Aufgaben*

voll gerecht werden wollen. Daß sie nebenher als Staatsbürger parteipolitisch, interessiert sind, kann ihnen niemand verwehren.

Neu hinzu kommt, im Gegensatz zu der Zeit von vor 1933, daß wir in den Schlüsselindustrien dem Mitbestimmungsgesetz zum Leben und zur vollen Wirksamkeit verhelfen müssen. Unsere wirtschaftlichen Gegenspieler haben daran kaum Interesse. Wir müssen das machen. Und wenn wir das nicht tun, dann bleibt das Gesetz ein Stück Papier.

Wir sollten uns an die Verfassung von Weimar erinnern. Es gab wohl kein anderes Land in der Welt, das so schön formulierte Sätze in die Verfassungs-urkunde hineingebracht hatte. Trotzdem aber wissen wir, wie schmächtig die Weimarer Demokratie zusammengebrochen ist.

Aus diesen Erfahrungen heraus sollten wir uns zu der Auffassung durchringen, daß die vielfältigen heute anstehenden Aufgaben niemals von einem eng begrenzten Kreis von Männern gelöst werden können. Wenn wir das zulassen, dann steuern wir mit Sicherheit auf die Gefahren zu, von denen wir im Jahre 1931 mit großem Erschrecken Kenntnis nehmen mußten.

Es ist richtig und notwendig, daß auch die Gewerkschaften in den Fraktionen der Parlamente, des Bundes und der Länder und der Gemeinden nach Möglichkeit vertreten sind. *Der Umfang der Parlamentsvertretung muß aber in Einklang gebracht werden mit den Gewerkschaftsinteressen.* Auf jeden Fall ist es falsch und gefährlich, wenn diese Abgeordneten nun auch noch die Meinung haben sollten, sie müßten in den übrigen politischen und *wirtschaftlichen* Körperschaften unter allen Umständen eine Rolle spielen.

Wir sollten unser Teil dazu beitragen, daß die Mandatsüberhäufung auf die schwachen Schultern einzelner Personen nicht wieder mit Recht in der Öffentlichkeit Beanstandung findet. Gerade wir sprechen davon, daß wir in der Wirtschaft und in der Politik sehr viele Menschen brauchen, die mit dem nötigen Können und Wissen und mit den besten Charaktereigenschaften ausgestattet sind und die dann als Sachwalter der Interessen ihrer Berufskameraden auftreten können. *Nach diesem als richtig erkannten Prinzip sollte auch wirklich gehandelt werden.* Ich glaube nicht daran, daß die Menschen für eine Verlagerung der vielfachen Aufgaben in der genügenden Anzahl nicht vorhanden sind. Wenn das stimmte, dann hätten wir die vielen Millionen Mark, die wir seit Bestehen der Einheitsgewerkschaften für Lehrgänge und Arbeiterakademien ausgeworfen haben, vergeblich aufgewandt.

Es genügt nicht, daß wir den Angehörigen der jüngeren Generation schöne Reden halten; daß wir ihnen erzählen, sie hätten die Zukunft zu tragen und wir würden uns ihrer annehmen; daß wir sie zur Mitarbeit aufrufen. „Ja“, so sagen, und schreiben uns fast täglich junge Gewerkschafter, „worin soll denn diese Mitarbeit bestehen? Sollen wir nur Plakate ankleben, Stimmzettel verteilen, Versammlungen besuchen und Mitglieder werben? Wir warten darauf, daß wir in Verantwortung gebracht werden. Heute noch bejahen wir die demokratischen Grundsätze. Aber wir sind der Auffassung, daß wir an der Fortbildung dieser Grundsätze verantwortlich beteiligt werden müssen.“

Ich habe dieses Anliegen zur Sprache gebracht nicht wegen der bevorstehenden Wahlen in der Politik und in den Gewerkschaften. Es geht mir um das Prinzip. Es geht nicht um persönliche Einzelinteressen, sondern es geht wirklich, um die Fortentwicklung einer gut funktionierenden Demokratie in allen Organisationen, die als Faktoren der Ordnungsbildung in der Massengesellschaft anerkannt werden. *Es geht darum, daß nicht der einzelne Mann mit Ämtern überlastet wird und so mithilft, der Jugend den Zugang zur verantwortungsvollen Tätigkeit zu unterbinden.*